



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Dezember 2023

Unser Hafen ist nicht euer Casino!



Bei der ver.di-Kundgebung am 11. November auf dem Rathausmarkt waren wir gut zu sehen, als Bürgerschaftsfraktion, als LAG Betrieb und Gewerkschaft und als LAG Senior*innen (s. auch S. 4)

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe:
Freitag, 29.12.2023

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Einladung zur Wahl-BMV	S. 2
Zur Bezirkswahl	S. 3
Zur Kandidaturfrage	S. 3
HHLA gehört in öffentliche Hand	S. 4
Wunschzettel an den Bezirksverband	S. 5
Friedensdemo am 25.11.	S. 6
Zur Tarifrunde der Länder	S. 7
Das rote Wien	S. 8
Elbtower: Mit Benko in die Pleite	S. 10
Liedertexte von Uwe Böhm	S. 10
Termine / Kontakt	S. 12

Einladung zur Bezirksmitgliederversammlung

Beschluss des Bezirkswahlprogramms +++ Neuwahl des Bezirksvorstandes **Klare Kante für soziale Gleichheit!**

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit laden wir Euch herzlich ein zur Bezirksmitgliederversammlung am

Sonntag, den 17. Dezember 2023 von 10:30 Uhr bis 19:00 Uhr

Ort: Raum 1.12/1.13 im **Bürgerhaus Wilhelmsburg**, Mengestraße 20, 21107 Hamburg

Räume und WC sind barrierefrei zugänglich.

Die Krisenerscheinungen werden nicht geringer. Die Schuldenbremse wackelt. Unsere Partei wird gebraucht für einen klaren Kurs - gegen rechts und für eine solidarische Entwicklung der Gleichheit aller Menschen, in der Verfügung über die gemeinsamen Lebensbedingungen. In dieser Voraussicht haben sich die Teilnehmenden der Fraktionsklausur bereits im Sommer auf den Vorschlag „Klare Kante für soziale Gleichheit!“ als Titel unseres Programmes für die Bezirkswahl 2024 geeinigt. An dem Programm wird aktuell noch gefeilt, voraussichtlich ab Sonntag, den 03. oder Montag den 04.12. wird der Vorschlag der Arbeitsgruppe hier zu finden sein: <https://www.die-linke-hamburg-mitte.de/abgelegt/#c5646>

Im Anschluss an die Beratung und Beschlussfassung dieses Programms wollen wir uns der turnusgemäßen Neuwahl des Bezirksvorstandes zuwenden. Unsere Bundesparteitags- und Bundesvertreter:innenversammlungsdelegierten wussten beim Mitgliedertreffen am 26.11. vom Europaparteitag aus Augsburg zu berichten: In vielen Reden werden soziale Kämpfe verstärkt angegangen, aber noch zu wenig als System bzw. Klassenkonflikt erfasst (mehr Kritik an der Ampel als Analyse der Systemkrise). Das Herz der Partei schlägt sozialistisch und internationalistisch (Beifall bei entsprechenden/den internationalen Beiträgen, breit getragenes Kompromisspapier für Frieden in Israel/Palästina), aber es fehlt an dem gerecht werdenden Aktivitäten und Beteiligungsmöglichkeiten. Wir denken, dass der neue Bezirksvorstand in dieser Hinsicht gefordert ist und freuen uns auf Kandidaturen, die eine entsprechende Belegung unserer Partei mit auf den Weg bringen wollen!

Vorschlag zur Tagesordnung:

- | | |
|-------------------------------------|--|
| 10 ³⁰ - 10 ⁴⁵ | Konstituierung |
| 10 ⁴⁵ - 12 ⁰⁰ | Vorstellung und Diskussion des Bezirkswahlprogrammmentwurfs |
| 12 ⁰⁰ - 12 ¹⁵ | Kaffeepause |
| 12 ¹⁵ - 13 ¹⁵ | Fortsetzung der Diskussion, ggf. Änderungsanträge |
| 13 ¹⁵ - 14 ⁰⁰ | Mittagspause - für Verpflegung ist gesorgt (mit Fleisch/vegan) |
| 14 ⁰⁰ - 14 ⁴⁵ | Rechenschaftsbericht und Entlastung des bisherigen Bezirksvorstandes |
| 14 ⁴⁵ - 18 ⁴⁵ | Neuwahl des Bezirksvorstandes |
- Wahl einer Wahlkommission und der Mandatsprüfung
 - Beschluss zur Größe des Vorstandes
 - Beschluss der Wahlordnung
 - Wahl der Schatzmeisterin / des Schatzmeisters
 - Wahlgang zur Sicherung der Mindestquotierung für Genossinnen
 - Wahlgang gemischte Liste

Dazwischen Pausen nach Bedarf, darunter eine mit Kaffee und Gebäck, für Wasser ist durchgehend gesorgt.

Nach Mitteilungen unter der Rubrik „Verschiedenes“ wollen wir die Tagung gegen 19:00 Uhr beenden. Da es aber bei Tagungen mit vielen Wahlgängen erfahrungsgemäß etwas länger dauern kann (z.B. wenn Stichwahlen erforderlich werden), bitten wir darum etwas mehr Zeit einzuplanen, sofern es Euch möglich ist.

Mit solidarischen Grüßen i.A. des Bezirksvorstandes, Alexander Benthin

Ein paar grobe Erläuterungen zu den Bezirkswahlen

(für Genoss*innen, die neu oder anderweitig engagiert sind, bezogen auf BzVWG § 20)

Am 9. Juni 2024 werden zum dritten Mal parallel zur Europawahl die Hamburger Bezirksversammlungen neu gewählt. Die BV Hamburg Mitte hat 51 Mitglieder, davon zurzeit acht, die für die LINKE gewählt wurden.

Eine Partei, die an der Wahl teilnehmen will, sollte drei Schritte gehen:

Sie sollte ein **Wahlprogramm** erstellen für den Bezirk, sie sollte Kandidat*innen für die jeweiligen Wahlkreise und schließlich eine Bezirksliste aufstellen. Das Wahlprogramm, abgeleitet vom Rahmenwahlprogramm des Landesverbands und runtergebrochen auf den Bezirk, ist, wie man hört, auf gutem Wege und soll am 17.12. diskutiert und beschlossen werden.

Der zweite Schritt wird wohl im Januar erfolgen: Die in den acht **Wahlkreisen** des Bezirks (grob: St. Pauli, St. Georg, Hamm, Horn, 2 x Billstedt, 2x Wilhelmsburg) wohnhaften Mitglieder der LINKEN mit deutscher Staatsbürgerschaft werden zu Wahlkreisversammlungen eingeladen, die die Kandidat*innen zur Bezirksversammlung wählen. Idealerweise so viele Kandidat*innen, wie im Wahlkreis Plätze zu vergeben sind (das wären

drei bis fünf, je nach Bevölkerungsstärke des Wahlkreises, insgesamt 30 Sitze). Das aktive Wahlrecht haben nur die eingeladenen Mitglieder aus dem Wahlkreis, das passive Wahlrecht, also das Recht, gewählt zu werden, haben alle Mitglieder mit Wohnsitz im Bezirk. Bei der letzten Wahl wurden fünf von acht Fraktionsmitgliedern direkt in den Wahlkreisen gewählt. Wenn Kerstin unten von Solidaritätskandidatur schreibt, dann meint sie die Kandidatur im Wahlkreis – ohne die Ab- oder Aussicht gewählt zu werden, aber als Angebot an die Bevölkerung im Wohnumfeld.

Der dritte und letzte Schritt ist die Aufstellung der **Bezirksliste**. Über die Bezirkslisten gelangen 21 Menschen in die BV. Aktiv wahlberechtigt sind alle im Bezirk wohnhaften Mitglieder mit deutscher Staatsbürgerschaft, passiv ebenfalls. Und natürlich auch die Kandidat*innen von den Wahlkreislisten. Die Bezirksliste wird voraussichtlich in Anbetracht der Rechtsentwicklung und der Lage der Partei größere Bedeutung haben, da wir nicht erneut mit vielen Direktmandaten aus den Wahlkreisen rechnen können.

Eine Äußerung zur Kandidaturfrage

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte Euch hier darüber informieren, dass ich innerhalb der kommenden drei Jahre, möglicherweise schon Anfang 2024, umziehen und Finkenwerder verlassen werde. Eine Solikandidatur auf der entsprechenden Wahlkreisliste für die Bezirksversammlung wird ergo nur möglich sein, wenn ich sicher bin zum Wahltag weiterhin im Bezirk Hamburg-Mitte gemeldet zu sein. Selbstverständlich werde ich mich im Wahlkampf in Finkenwerder und Mitte einbringen. Definitiv wird aber spätestens in der kommenden Wahlperiode mein Platz im Regionalausschuss nachbesetzt werden müssen.

Das hat nicht unbedingt Auswirkungen auf die Frage der Kandidatur für den BeVo, denn ich

könnte dem Bezirk zugeordnet bleiben, auch wenn ich gar nicht mehr hier gemeldet sein sollte. Ob ich das aber möchte und auch erneut meine Mitarbeit im BeVo erwäge, hängt für mich davon ab, ob es gelingt aufeinander zuzugehen und einen lagerübergreifenden, die Pluralität der Partei abbildenden Vorstand anzustreben, der sich vornimmt zusammenzuarbeiten und die Mitgliedschaft mitzunehmen. Ein Boykott wie in den letzten Jahren und mehreren vorangegangenen Vorständen liegt weder im Interesse der Partei noch im Interesse der 99%, die wir mit unserer Partei vertreten wollen und dient einzig dem gesellschaftlichen Gegner. Dem jedoch sollten wir geschlossen und solidarisch gegenüberstehen.

Kerstin Fremder-Sauerbeck

Die Interessen von MSC sind nicht die Interessen der Stadt Hamburg und ihres Hafens

Auszug aus der Rede von Jürgen Bönig am 11.11.23 bei der ver.di Kundgebung auf dem Rathausmarkt

„Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der HHLA und den anderen Hafenbetrieben, gut, dass wir aufgewacht sind. Guten Morgen, liebe Hamburgerinnen und Hamburger, gut dass Sie aufgewacht sind und erfahren wollen, was beim Verkauf an MSC mit dem Hamburger Hafen passiert.



Jürgen Bönig ordnete den Verkauf (nicht nur) historisch ein

Staatsverfügung über Hafenanlagen und Hafenbetrieb

Der Verkauf staatlicher Gestaltungsmacht im Hafen an Private und zudem noch an die MSC als Reederei ist ein Bruch mit der jahrhundertealten Politik, dass der Staat die Bedingungen im Hafen gestaltet. Dieser Grundsatz, dass der Staat bestimmt, was im Hafen gebaut wird und wie es benutzt wird, war die Grundlage, auf der die Speicherstadt und der Freihafen errichtet worden ist. Warum hat sich diese Politik bewährt, mit der jetzt der Senat gebrochen hat? Der Grundsatz war gut, weil nur in einem Hafen im Staatsbesitz und als Staatsbetrieb alle Kunden gleichbehandelt werden. 1888, als die Speicherstadt gebaut wurde und der Freihafen errichtet, haben Bürgerschaft und Senat sich entschieden, dass nur dieser Grundsatz die Entwicklung des Hamburger Hafens fördern wird. Der Staat hat die Speicherstadt bauen lassen und die HHLA gegründet, um diese Hafenanlagen zu betreiben und zu bewirtschaften – niemand sollte Kaianlagen, Schuppen, Böden und Speicher privat besitzen, weil nur so gewährleistet war, dass sich die Privatinhaber nicht gegenseitig in die Hacken treten und der stärkere, größere bewirken kann, dass der kleinere nicht zum Zuge kam, weil er nicht bedient wur-

de oder die Umschlaganlagen des Kapitalstärkeren besser ausgebaut wurden. Kein Nutzer – seien es Stauer, Speicherbetriebe und Umschlaggeschäfte - sollte einen Teil der Speicherstadt besitzen, sie waren alle Mieter und das hat sich die letzten hundert Jahre bewährt, weil damit der Grundsatz galt: Alle werden gleich bedient und behandelt.

Wie ihr eben gehört habt, wurde 2006 diese Grundlage des Hamburger Hafens verteidigt, als nur ein kleiner Teil der HHLA-Aktien in Streubesitz gelangten, nur 30 Prozent, die vor allem HHLA-Mitarbeiterinnen und deren Vorstände kauften und anschließend Kursverluste hinnehmen mussten.

Wer ist mitgenommen worden beim MSC-Deal?

Ihr habt euch in dieser Woche beschwert, dass beim Verkauf von drei der vier Containerterminals des Hamburgers Hafens an die Reederei MSC die Belegschaft der HHLA nicht mitgenommen worden sei. Das ist die Untertreibung des Jahres, wenn nicht des Jahrhunderts: Niemand ist mitgenommen worden an den Frühstückstisch in Genf, als drei SPDler aus dem Senat, darunter der Erste Bürgermeister, über den Verkauf verhandelten und einen Vertrag schlossen mit einer italienischen Familie Aponte, die tatsächlich am Frühstückstisch jeden Morgen in Zukunft entscheiden kann, wo es mit der HHLA und dem Hamburger Hafen langgeht.

Das Trio hat niemand mitgenommen außer einer Anwaltskanzlei, die sie beriet. Die Verhandlungskommission des Senates hat nicht mal die HHLA mitgenommen und um Rat gefragt. Sie hat nicht den Vorstand der HHLA mitgenommen, weil der offensichtlich zu viel von der Sache versteht. Sie hat nicht die politischen Parteien der Regierungskoalition mitgenommen und informiert – nur von dem Ergebnis. Sie hat nicht die Bürgerschaft mitgenommen und beraten lassen, ob die mit dem Grundsatz brechen will, auf dem die Speicherstadt steht und der Hamburger Hafen, dass Anlagen und Betrieb im Staatsbesitz sind. Sie hat die Bürgerschaft nicht gefragt, ob sie die HHLA-Anteile knapp unterhalb einer Mehrheit ausgerechnet an eine Reederei verkaufen will, die in Konkurrenz zu anderen Reedereien steht. ...“

Noch ist der Verkauf nicht perfekt!

Unser Hafen ist nicht euer Casino! Verkauf der HHLA stoppen!

Veranstaltung am Dienstag, 5.12., 19 Uhr mit

Betriebsrät*innen der HHLA und

Norbert Hackbusch (Linksfraktion Hamburg).

Im Kollegiensaal, Rathaus Altona,

Platz der Republik 1

Wunschzettel an den Bezirksverband für 2024

Weihnachten steht vor der Tür. Getreu der modernen Devise „Nicht immer nur meckern, positiv denken“, hier mein Wunschzettel an den Bezirksverband:

Ich wünsche mir

- Einen **Bezirksvorstand**,
 - der hinreichend groß ist, um die Aufgaben auf mehrere Schultern zu verteilen, aber klein genug, um regelmäßig beschlussfähig zu sein
 - der außer Antifaschismus und Friedensarbeit auch die Probleme der Menschen im Bezirk in den Blick nimmt, also zum Beispiel den Wohnungsmangel, hohe Mieten, schlechte Gesundheitsversorgung jenseits der City, Obdachlosigkeit und Vertreibung rund um den Hauptbahnhof, Altersarmut, ...
 - der regelmäßigen Austausch mit der Bezirks- und der Bürgerschaftsfraktion pflegt mit dem Ziel der konstruktiven Kritik, aber vor allem der gegenseitigen Unterstützung
 - der kooperativ und arbeitsteilig zusammenarbeitet und sich um Vernetzung mit den zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen im Bezirk bemüht, ohne sie dominieren zu wollen
 - der die Stadtteilgruppen ernst nimmt und sie materiell und mit Informationen unterstützt (sie zum Beispiel zeitnah wissen lässt, wer ein- oder ausgetreten ist)
 - der sich aktiv insbesondere um neue Mitglieder kümmert und dies auch den Stadtteilgruppen ermöglicht, s.o., wir brauchen eine Willkommenskultur
 - der sich neben der innerparteilichen Diskussion auch um Außenwirkung bemüht, also z.B. für Präsenz in den sog. „sozialen Medien“ sorgt; Veranstaltungen für immer denselben „harten Kern“ bringen niemanden wirklich weiter.

- Eine (möglichst große) **Bezirksfraktion**
 - die viele Stadtteile repräsentiert
 - die kooperativ und arbeitsteilig zusammenarbeitet, untereinander, mit dem Bezirksvorstand, der Bürgerschaftsfraktion und mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren (dafür müssen einzelne Fraktionsmitglieder auch bereit sein, ihr Ego mal zugunsten eines inhaltlich gemeinsamen Auftretens und der Möglichkeit der Kooperation im Zaum zu halten).
 - die ihren Fachsprecher*innen so viel Vertrauen entgegenbringt, dass auch kurzfristige Reaktionen auf aktuelle Geschehnisse im Bezirk möglich sind – Grundsätzliches aber immer diskutiert und abgestimmt wird.
 - die Möglichkeiten der punktuellen Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen sucht, aber sich klar und eindeutig von der AfD abgrenzt („keinen Fußbreit!“)
 - die in der Bezirksversammlung nicht nur reagiert auf Vorgaben der Verwaltung und der Mehrheitsfraktionen, sondern selbst zu agieren sucht mit Anträgen und Anfragen zu „unseren“ Themen
 - die getreu der Devise „Tu Gutes und rede darüber“ ihre Pressearbeit und ihre Medienpräsenz (auf „social media“, denn in der bürgerlichen Presse und im NDR wird es selten was werden) verstärkt.

Ganz schön viel, was ich mir wünsche, aber in den nächsten Wochen können wir gemeinsam die Weichen stellen, die Richtung bestimmen, in der sich der Bezirksverband entwickelt. Und gemeinsam vielleicht dafür sorgen, dass meine Wünsche wenigstens teilweise in Erfüllung gehen.

Bernhard Stietz-Leipnitz

PS: Ich strebe weder Amt noch Mandat an.

Erklärung der Organisatoren von Demonstration & Kundgebung:

Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten

25. November, in Berlin



"Über 20.000 Menschen haben heute eindrucksvoll für Frieden, gegen Krieg und Rüstungswahnsinn demonstriert.

Die 20.000 haben ihre Stimme auch für die Mehrheit im Lande erhoben, die sich in Umfragen immer wieder für den sofortigen Stopp des Tötens, für Diplomatie und Kompromissfrieden aussprechen.



Der Erfolg des 25. November zeigt: Die Friedensbewegung wird stärker. Das ermutigt uns, mit noch mehr Engagement weiterzumachen.

Die Botschaft des 25. November an die Bundesregierung ist klar: Wir verlangen, dass sie sich für einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine einsetzt. Wir verlangen Diplomatie und Verhandlungen, statt Waffenlieferungen für einen Stellvertreter- und Abnutzungskrieg, der die Ukraine völlig zu ruinieren droht, und den Kontinent auf lange Zeit in feindliche Lager zerreißt. Es gilt, den Frieden zu gewinnen, nicht den Krieg.

Auch im Nahen Osten muss die Bundesregierung sich der UN-Forderung nach einem dauerhaften Waffenstillstand anschließen und sich aktiv für Verhandlungen einsetzen, die zu einem friedlichen Leben von Israelis und Palästinensern führen.



Wir lassen uns keinen Rückfall in deutsche ‚Kriegstüchtigkeit‘ aufzwingen, und wenden uns entschieden gegen Hetze und Feindbildkonstruktionen von Minister Pistorius und sogenannter Experten vom Schlage Massala und Münkler. Militarismus, Konfrontation und Krieg lösen keine Probleme, sondern verschärfen sie. Statt Riesensummen in Wettrüsten zu verpulvern, muss in soziale Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit investiert werden. Wir brauchen eine Kultur des Friedens und gemeinsamer Sicherheit.

Die Organisatoren danken allen, die an diesem Tag dabei waren.

Wir danken allen Rednerinnen und Rednern sowie allen, die bei der Organisation vor und hinter der Bühne mitgeholfen haben."

Nicht wenige Hamburger Genoss*innen waren dabei.

Fotos: Reinhardt Schwandt

Tarifrunde öffentlicher Dienst Länder (Stadt Hamburg):

"Wer in Hamburg arbeitet, muss auch in Hamburg leben können"



Nach einem ersten zentralen Streiktag am 7.11. wurden die Warnstreiks in wechselnden Bereichen und Bezirken Hamburgs nach dem 13.11. weiter fortgesetzt. Zwischen 800 bis 1000 Beschäftigte beteiligten sich an den einzelnen Tagen. "Höhepunkt" war der sogenannte "**Stadtstaatentag**" am 22.11. mit über 6500 Teilnehmenden - auch mit Abordnungen aus Bremen und Berlin.



Am 23.11. riefen die Beschäftigten der Umweltbehörde, der Straßenmeistereien, der Bauhöfe und der Bezirksämter zum Streik auf...

Die Gewerkschaften **Ver.di** und der **Beamtenbund (DBB)** fordern für die bundesweit rund 1,1 Millionen Angestellten und für die rund 1,4 Millionen Beamt*innen ein Gehaltsplus von **10,5 Prozent, mindestens 500 Euro, sowie 200 Euro für alle Nachwuchskräfte und Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis. Und den Abschluss eines Tarifvertrages für die angestellten studentischen Hilfskräfte im universitären Bereich (TV-Stud).**

Zusätzlich wollen sie für die Beschäftigten der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg **eine Zulage von 300 Euro für die höheren Lebenshaltungskosten in den Städten.**



Am 16.11. beteiligten sich rund 1000 KollegInnen aus den Bezirksämtern, den Jugendämtern, den sozialen Diensten und Beschäftigte von therapeutisch-pädagogischen Einrichtungen...

In Hamburg sind etwa 41.000 Angestellte und 42.000 Beamte betroffen, auf die das Tarifergebnis übertragen werden müsste (nach abschließendem Senatsbeschluss). Betroffen sind aber auch viele Beschäftigte der sogenannten "Freien Träger" im pädagogischen-, therapeutischen Bereich, aber auch in der Jugendhilfe und offenen Kinder- und Jugendarbeit, deren Bezahlung sich in Hamburg am Ergebnis des Tarifvertrages der Länder orientiert.



Der 2. Warnstreiktag begann in St. Pauli - die Beschäftigten des Bereiches Hamburg-Mitte, vor allem des Bezirksamtes, waren auf der Straße...

Die Arbeitgeber haben – auch in der 2. Verhandlungsrunde - keinerlei Angebot gemacht. Außer – 12,21 Euro (monatlich) Zuschuss zu Fahrtkosten (statt einer Stadtstaatenzulage) - und weiter nichts !

Bereits in der nächsten Woche - zur 3. Verhandlungsrunde mit den Arbeitgebern - werden die Warnstreiks in Hamburg fortgesetzt!

Text und Fotos: Verena Brachvogel

„Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt...“ – Das Rote Wien

Das Rote Wien bezeichnet die Zeit zwischen 1919 und 1934 in der österreichischen Hauptstadt, die geprägt war von wiederholten absoluten Wahlerfolgen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs (SDAP). Nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreichs fanden in Österreich 1919 die ersten freien und gleichen Wahlen statt. Im Zentrum des Austromarxismus stand die Erlangung der absoluten Mehrheit in den neu erschaffenen Parlamenten der Alpenrepublik, wodurch er sich stark von leninistischen Ansätzen unterschied. Die soziale Revolution wurde als wichtigstes Element auf dem Weg zur Diktatur des Proletariats gesehen.

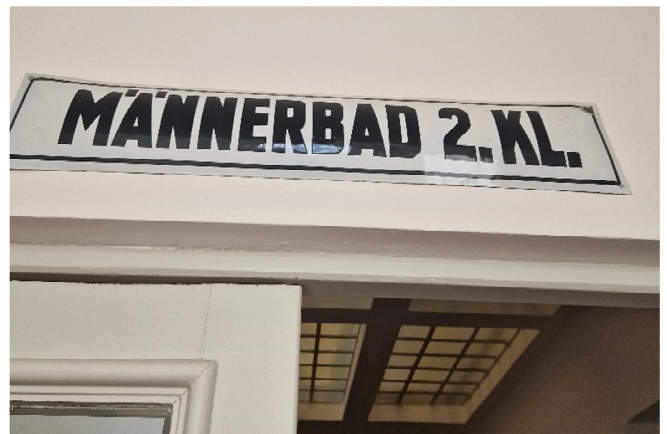


Die Karl-Marx-Höfe, bekanntester Kommunalbau

Der Startpunkt dafür war denkbar schlecht: Beamte, Vertriebene und Geflüchtete strömten von allen Enden des zerfallenen Reiches in die Hauptstadt. Die sowieso schon dramatische Wohnsituation wurde verschlechtert und es grassierten Krankheiten, wie Tuberkulose (damals „Wiener Krankheit“ genannt) oder die spanische Grippe. Die ökonomische Situation war auch nicht gerade besser: Die Inflation war nach Ende des Krieges sehr hoch und Lebensmittel durch die neuen Zollgrenzen knapp und teuer.

Neben der Einführung des Achtstundentags und der Arbeitslosenversicherung auf Bundesebene

wurde Wien 1920 von Niederösterreich abgetrennt, sodass die Landespolitik im mehrheitlich sozialdemokratischen Wien autonom vom mehrheitlich christlich-sozialen geprägten Umland ablaufen konnte. Oberstes Ziel der „Roten“ war die Schaffung neuen Wohnraums nach den drei Prinzipien *Raum, Licht und Luft*. Die neugeschaffenen Wohnungen sollten mehr Raum für die einzelnen Bewohner*innen bieten, eine Durchlüftung ermöglichen um Schimmelbildung vorzubeugen, sowie Fenster und Anschluss zu elektrischem Strom besitzen. Nach diesen Prinzipien wurden in fünfzehn Jahren 64.000 Wohnungen in mehr als 380 Gemeindebauten durch den kommunalen Wohnungsbau geschaffen, in denen rund ein Zehntel der Wiener Bevölkerung ihren Platz fand und die bis heute zu den relativ günstigen Mieten in der österreichischen Hauptstadt beitragen.



Um die neu entstehenden Gemeindewohnungen herum wurde die soziale Revolution vorangetrieben: Kindergärten mit Öffnungszeiten von 8-18 Uhr und eigenen Kantinen wurden in deren Mitte erbaut, Grünflächen erschaffen und Waschsalois eingerichtet. Letztere hoben durch technische Innovationen den Hygienestandard immens. In ihnen gab es nicht nur elektrische Waschmaschinen und Trockner, sondern auch hochmoderne Dusch- und Badekammern.

Finanziert wurden die mit immensen Kosten verbundenen Bauten durch die sogenannten Breitner-Steuer (nach Finanzrat Hugo Breitner). Da Wien ein eigenes Bundesland war, hatte es das Steuerprivileg, von dem es munter Gebrauch machte: Auf Reitpferde, Rennpferde, Wetten, Autos, Dienstpersonal in Privathaushalten, Hotelzimmer, Restaurants, Kaffeehäuser, Hundebesitz, Nachtlokale, Bordelle und andere Luxusgüter und

-einrichtungen wurde eine Luxussteuer erhoben. Hinzu kam die stark progressive Wohnbausteuer, die auf Basis der Wohn- und Grundfläche jeder Wohnung errechnet wurde. Jede*r Wiener*in musste sie entrichten, allerdings wurden vor allem Villen, Einfamilienhäuser und Leerstand besteuert, sodass 0,5% der Immobilien etwa 45% des Steueraufkommens ausmachten. Trotz moderneren Möglichkeiten wurden als Grundbaustoff Brennziegel aus den umliegenden Brennziegelwerken verwendet. Dies schaffte sowohl mehr Arbeitsplätze in der Herstellung, als auch bei der Verarbeitung der Baustoffe.



Eindeutig keine Schuhschachtel, Fassade(ndetail)

Ein weiteres Element des sozialdemokratischen Wohnungsbaus war die Bildungspolitik. Kostenloser Schulbesuch und neue Schulformen wurden erprobt. Erwachsenenbildung (Volkshochschulen) und Stipendien für Universitäten wurden ermöglicht. In den Gemeindewohnanlagen gab es Arbeiter*innenbibliotheken, die im Eigentum der Partei waren. Jeder Gemeindebau hatte einen Gemeinschaftsraum. Zudem wurde ein besonderer Wert auf die sportliche Erziehung gelegt.

Zwar trugen die Veränderungen im kommunalen Wohnungsbau zu einer wesentlichen Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung bei, allerdings gab es auch Schattenseiten. Auswähl-

bar für die Wohnungen waren nur Familien mit bis zu drei Kindern. Trotz sozialer Revolution blieb die bürgerliche Kernfamilie das Ideal der österreichischen Sozialdemokratie. Kinderbetreuung vor



dem Kindergartenalter musste privat organisiert werden. Zwar konnten Frauen einen Beruf erlangen und jeden Studiengang (außer Theologie) an der Wiener Universität belegen, wurden jedoch weiterhin schlechter bezahlt als Männer. Weiterhin blieb die (unbezahlte) Haus- und Care-Arbeit fest in weiblicher Hand. Neben einer Einkommensgrenze war der Erhalt einer Gemeindewohnung an die Staatsbürgerschaft geknüpft. Die vielen zugewanderten und Geflüchteten in Wien hatten keinen Anspruch darauf. Es gab Torwächter, die zur Abendruhe die Eingänge versperrten. Wer zu spät kam musste eine Strafe entrichten. Bei Trunkenheit war diese entsprechend höher. Von den christlichsozialen Gegnern wurden die Gemeindebauten aufgrund ihrer Bauweise als rote Festungen bezeichnet, die als Basen für eine gewaltsame Revolution dienen sollten.

Trotz dieser Schattenseiten muss das Rote Wien (zeitgenössisch übrigens „Neues Wien“) als vorbildlich und riesiger Schritt in Richtung einer sozial gerechten Gesellschaft gesehen werden. Es diente als Modell für viele weitere in- und ausländische Projekte der Nachkriegszeit. Gerade in der heutigen Zeit, in der Wohnungsnot, steigende Mieten und Inflation in den Vordergrund linker Politik gedrängt werden, kann uns das Rote Wien als Vorbild dienen. Es zeigt, was durch öffentlichen Wohnungsbau und progressive Besteuerung möglich ist!

Patrick Walkowiak, z.Z. Wien (auch Fotos)

Elbtower:

Der Aufenthalt im Mastdarm von Spekulanten war noch nie empfehlenswert

Die LAG Stadtentwicklung und Wohnen hatte kurzfristig eine kleine Aktion vorbereitet, um die Sitzung des Haushaltsausschusses in Sachen Einstellung der Bauarbeiten am Elbtower am 11. November (bezeichnenderweise in der Akademie der Handelskammer...) zu begleiten.

Was damals noch Vermutung war, ist inzwischen eingetreten: Benkos Firmenimperium ist pleite, für Scholzens Elbtower werden Retter*innen gesucht. Egal, ob und wer es macht; die Lehre ist eindeutig: Stadtentwicklung ist Sache der Stadt, ihrer Bürger*innen und der Politik. Profitgier und windiges Spekulieren sind nicht die Alternative, Herr Scholz!



Wir haben das ziemlich deutlich gemacht und wurden von den Medien auch entsprechend wahrgenommen.

Inzwischen ist klar, dass die angeblich so tollen und sicheren Verträge kaum das viele Papier wert sind, auf dem sie gedruckt sind. Wieder mal drohen Millionen Steuergelder im Orkus zu verschwinden. Weder wurde die Sicherheit der Finanzierung angemessen überprüft noch wurde die Bauphase wirklich gesichert. Strafzahlungen würden frühestens 2028 möglich. Im Haushaltsausschuss gerieten die Vertreter*innen der Stadt in erhebliche Erklärungsnot.

Ich für mein Teil frage mich, was genau Herrn Scholz und Konsorten veranlasst hat, ausgerechnet Benkos Firma Signa für dieses Projekt auszuwählen. Die Beschäftigten von Galeria Kaufhof hätten ganz bestimmt nicht dazu geraten. (*mehr zur Aktion im Bürger*innenbrief, der vor einigen Tagen versandt wurde*).

Bernhard Stietz-Leipnitz

Zwei Liedertexte von Uwe Böhm:

AFD - korrigierte Fassung

Wie das Kaninchen vor der Schlange steht sie vor dem Phänomen
Ein Phänomen, das letztlich bedeutet, die Demokratie wird untergehen.
Man nennt sie die schweigende Mehrheit und die ist wohl zu bequem.
Sie scheint mit offenen Augen den Weg ins Elend mitzugehen.
Ein Weg, der deutlich und klar gekennzeichnet ist.
Ihn aufzuhalten bleibt nur noch eine kurze Frist
Willst du wirklich wissen, wohin der Weg uns führt
Dann schau in unsere Geschichte, die Hass und Krieg geschürt

Refrain

AFD heißt Antidemokraten für eine neue Diktatur!
Sie können es kaum noch erwarten. Die Faschistenhand ergreift die Zündschnur.
Der Preis ist der Verlust unserer Freiheit. Sie flieht aus dem Land.
Auf den Straßen regiert dann der Tod. Manches Buch wird wieder verbrannt.

Strophe 2

Viele die Hoffnung hegen mit der AFD würde es ihnen besser gehen.
Sollten mal auf das, was sie vorhaben, genauer sehen.
Vielleicht werdet ihr es dann endlich kapieren.
Sie werden den Sozialstaat radikal einfrieren.
Noch später in Rente, das ist ihr Vorhaben
Klar ist auch, dass sie etwas gegen den Mindestlohn haben.
Wirst du arbeitslos, dann zeigen sie ihr hässliches Gesicht.
Es erwartet dich die Arbeitspflicht

Refrain

Strophe 3

Wie Wölfe im Schafspelz wollen sie sich tarnen, um mit
den Möglichkeiten unserer Demokratie die Machtübernahme zu planen
Sie sprechen bedrohlich und brutal - die Sprache der alten Nazis
Unverhohlen sagen sie klipp und klar, was uns Demokraten erwartet.
Wenn es uns nicht gelingt sie gemeinsam aufzuhalten.
Werden sie jede Opposition brutal ausschalten.
Dann werden wir, so wird es geschehen.
Uns in ihren Lagern wiedersehen.

Refrain:

Anhang

Ihr glaubt, dass ich übertreibe, doch ich befürchte, dass es schlimmer wird.
Ein Faschisten Hirn ist grausam. Das Menschliche stirbt.
Um das gar nicht zu erleben, müssen wir jetzt kräftig ran.
Wir müssen nur gemeinsam dafür sorgen, dass der Spuk nicht stattfinden kann.

Bahnhof

Mittwochs Abend 16:30 auf dem Bahnhofsvorplatz,
Wartete ich voller Sehnsucht auf meinen Schatz.
Während ich in Rente lebe, arbeitet sie noch jeden
Tag
Und mit 60 fängt sie an zu spüren, die Arbeit wird hart.
Und während ich auf sie warte, wo das Leben pulsiert,
sehe ich einen alten Mann, der auf und ab marschiert
Mit einem Lufthauch weht seine Traurigkeit zu mir
Dieses Gefühl gibt es viel zu oft hier im Revier

Etwas stimmt nicht in diesem Land.

Es fehlt Gerechtigkeit.

Der Reichtum einiger weniger

Ist der Vielen Leid

**Das System, in dem wir leben, zeigt für viele nun
mal nicht
sondern nur für ganz wenige sein strahlendes Ge-
sicht.**

Meine Aufmerksamkeit ist gelenkt auf den Mann,
der auf Grund seines Alters nur noch schlecht laufen
kann.
Er läuft auf und ab und dann hält er an.
Man sieht im Gesicht, dass er nicht mehr weinen kann.
Richtung Portemonnaie gesenkt ist jetzt sein Kopf
Er bekommt wohl nicht sehr viel aus dem Rententopf
Ich spüre, dass er rechnet, was er sich noch leisten
kann
Und dann fängt er doch noch zu weinen an.

Etwas stimmt nicht in diesem Land.

Es fehlt Gerechtigkeit.

Der Reichtum einiger weniger

Ist der Vielen Leid

**Das System, in dem wir leben, zeigt für viele nun
mal nicht
sondern nur für ganz wenige sein strahlendes Ge-
sicht.**

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke (nicht am 22. und 29.12.)

Dienstag, 05.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Montag, 11.12., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 14.12., 17:30 Uhr

Öffentliche Sitzung der Bezirksversammlung
Sitzungssaal Caffamacherreihe 1-3-, 11.OG

Freitag, 15.12., 16:30 Uhr

Fraktionsversammlung
Hybrid: Büro Borgfelder Str. 83 + Zoom

Sonntag, 17.12., 10:30 – 19:00 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung
mit **Wahlen zum Bezirksvorstand**
Bürgerhaus Wilhelmsburg (s. S. 2)

Mittwoch, 20.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 21.12., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
im **"Buttclub"**, St. Pauli-Hafenstraße 126

Fällt aus

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo**
und **BO Billstedt**

Januar 2024

Dienstag, 02.01., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Mittwoch, 17.01., 19:00 Uhr

(Evtl. **Wahlkreisversammlung WK 1.2**)
Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Donnerstag, 18.01., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
im **"Buttclub"**, St. Pauli-Hafenstraße 126

Freitag, 19.01., 18:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo**
und **BO Billstedt**
Büro Borgfelder Str. 83

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Sozialberatung von Quentin Villwock:
- fällt erst mal weiter aus -

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Nilüfer Aydin		
Alexander Benthin		
Maria Bronner		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Andreas Grünwald (Schatzmeister)		
Ruben Hittmeyer	0179 922 60 59	rhitt@gmx.net
Jörg Otto		
Suna Sahin		
Norbert Weber		
Petra Zepter	0176 458 13 959	petra.zepter@posteo.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX